

Das Jahr 1989 ist zu einer Zeitachse geworden. Im November 1989 erreicht die Krise des »sozialistischen Lagers« mit der Öffnung der Berliner Mauer ihren Höhepunkt. Im Februar des gleichen Jahres wird der Aufstand in Peking niedergeschlagen und im Februar 1989 werden die revoltierenden Volksmassen in Caracas, in der Hauptstadt Venezuelas, massakriert. Eine Woche nach der Öffnung der Berliner Mauer wird die Jesuitengemeinschaft an der katholischen Universität von San Salvador, ein Zentrum der Befreiungstheologie in Lateinamerika, liquidiert, und im Dezember 1989 erfolgt die US-Intervention in Panama, bei der ganze Stadtviertel bombardiert und plattgewalzt wurden.

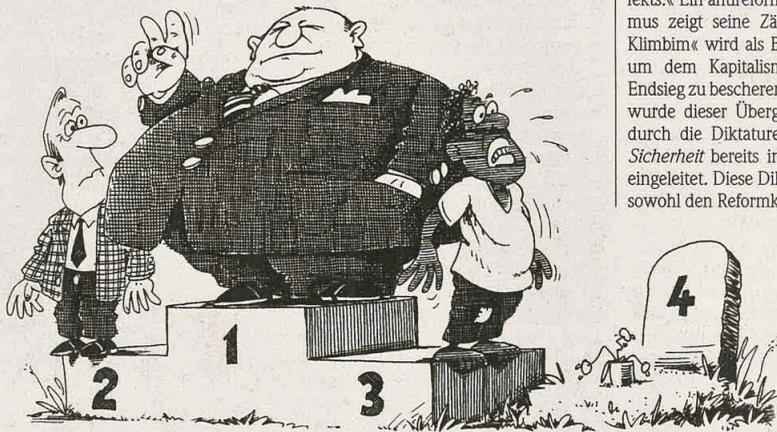
Im Jahre 1989 ging eine Epoche zu Ende, die in den Jahren 1917 bis 1919 begonnen hatte. Durch die Oktoberrevolution wurde die Sowjetunion geboren, die sich definitiv als sozialistische Alternative zum Kapitalismus verstand, jedoch auch als Alternative zum sozialdemokratischen Reformkapitalismus. Im gleichen Zeitraum, seit Ende des Ersten Weltkrieges, setzte sich vor allem in Westeuropa die liberale Massendemokratie durch, eine Demokratie, die sich auf das allgemeine Wahlrecht gründet. Jene liberalen Minderheitendemokratien von vor dem Ersten Weltkrieg wurden abgelöst, die auf dem Klassen- oder Standeswahlrecht basierten. Da jetzt der Mehrheitskonsens gebraucht wurde, entwickelte sich der Reformkapitalismus mit seiner Tendenz zum Wohlfahrtsstaat oder Sozialstaat. Dieser Kapitalismus wurde zum Modell für die Entwicklung vieler Länder der Dritten Welt in den 50er und 60er Jahren, vor allem in Lateinamerika. Der Reformkapitalismus diene auch als Waffe im Kampf gegen den Weltkommunismus, dem letztlich alle vorhandenen sozialistischen Bewegungen zugeordnet wurden. Dieser antikomunistische Reformkapitalismus trat mit dem gleichen universalistischen und missionarischen Anspruch auf, mit dem die Sowjetunion behauptete, eine definitive Alternative zum Kapitalismus zu sein.

Diese vom Kalten Krieg geprägte Konstellation brach nach vier Jahrzehnten im Jahre 1989 zusammen. Im Laufe der 80er Jahre war der innere Widerspruch des Sowjet-Sozialismus immer sichtbar geworden, bis dieser dann am Ende von sich aus aufgab. In den Ländern des »realen Sozialismus« erhoffte das Volk den Segen des westlichen Reformkapitalismus. Im Bewußtsein dieser Bevölkerung existiert allerdings die Dritte Welt nicht, was aber nicht die Gefahr ausschließt, daß die Zweite Welt jetzt in die Dritte Welt abdriften könnte.

Parallel zur Krise des Sowjet-Sozialismus in den 80er Jahren war der

## GLOBALE KRISE

# Das Todesurteil ist bereits gesprochen



ZEICHNUNG: MESTER

Ein Kapitalismus mit demokratischer Fassade bedroht die Welt. Eine Analyse aus lateinamerikanischer Sicht

Von Franz J. Hinkelammert

Reformkapitalismus in eine Krise geraten. Der Kapitalismus siegte in einem Moment, in dem er selbst von tiefen Widersprüchen erschüttert wird. Die neue technologische Revolution, die sich von den 70er Jahren an durchsetzte, hatte in den Industrieländern einen hohen Sockel an Massenerwerbslosigkeit zur Folge, und in den Ländern der Dritten wie auch der Zweiten Welt war es nur noch in Ausnahmestuationen möglich, am Wettlauf der Technologie teilzunehmen oder mitzuhalten. Zudem verdeutlicht die alarmierend zuneh-

mende Umweltkrise, daß der Versuch, die industrielle Entwicklung der Ersten Welt zu einem für die ganze Welt gültigen Muster zu erheben, den Planeten Erde zerstören würde. Der Reformkapitalismus, wie auch der »reine« Kapitalismus à la Reagan oder Thatcher, sieht sich dem schwerwiegenden ökologischen Vorwurf ausgesetzt, eine »globale Zerstörungswirtschaft« zu betreiben. Zudem wächst die Erkenntnis, daß nach dem »Sieg des Kapitalismus« der Reformkapitalismus als Waffe des Kalten Krieges überflüssig geworden ist, da der

»sozialistische« Widerpart, die Sowjetmacht, nicht mehr vorhanden ist. Reformen verursachen Kosten. Wozu diese Kosten tragen, wenn dies nicht mehr nötig zu sein scheint? Führende Politiker und Wirtschaftswissenschaftler zweifeln an der Notwendigkeit, den Reformkapitalismus am Leben zu erhalten. Der Mohr hat seine Schuldigkeit (im Kampf gegen den Kommunismus) getan; er kann gehen. An die Stelle des Reformkapitalismus wird die Idee vom totalen Markt und seine Globalisierung gesetzt. Ein Machtwechsel wurde auf internationaler Ebene eingeleitet. Der Philosoph Alvin Toffler brachte diesen Trend auf einen Nenner: »Der neue wirtschaftliche Imperativ ist klar: entweder wird in den Entwicklungsländern in Übersee die Technologie angekurbelt, um den Weltstandard zu erreichen, oder sie werden brutal aus den Märkten geworfen – als Opfer des Beschleunigungseffekts.« Ein antireformistischer Kapitalismus zeigt seine Zähne. Der »soziale Klimbim« wird als Ballast abgeworfen, um dem Kapitalismus den globalen Endsieg zu beschern. In Lateinamerika wurde dieser Übergang zur Brutalität durch die Diktaturen der *Nationalen Sicherheit* bereits in den 70er Jahren eingeleitet. Diese Diktaturen zerstörten sowohl den Reformkapitalismus Latein-

amerikas wie auch die prosozialistischen Volksbewegungen, so im Falle des chilenischen Militärputsches von 1973 gegen den Staatspräsidenten Allende. Als man den Präsidenten der

Dresdner Bank fragte, warum die Bank nicht die Kreditvergabe an lateinamerikanische Länder wieder aufnehme, antwortete er damals: Zuerst müßten diese die notwendigen Reformen durchführen. Er meinte damit kapitalistische Reformen und damit die Annullierung reformkapitalistischer Maßnahmen, die in den vorausgegangenen Jahrzehnten durchgeführt worden waren. Diese Annullierung der Reformen nannte er Reformen. Dabei handelt es sich um jene Reformen, die auch der *Weltwährungsfonds* (IWF), das bevorzugte internationale Instrument der reichen kapitalistischen Industrienationen, fordert: die Abschaffung des Reformkapitalismus, die Einführung eines brutalen Kapitalismus. Das Wirtschaftsprogramm Lateinamerikas soll – darauf zielt der IWF letzten Endes ab – auf die Produktion und den Export von Nahrungsmitteln und Rohstoffen reduziert werden. Gekämpft wird gegen »Privilegien«, das heißt gegen jene Gesetze, die unentgeltliche Erziehung, unentgeltliche Gesundheitsfürsorge, Subventionen für

den öffentlichen Verkehr, den Wohnungsbau oder gar für Grundnahrungsmittel garantieren sollten. Unter der Devise »Keine Privilegien« wird das Erziehungs- und Gesundheitswesen privatisiert. Der Kapitalismus wird als eine »Gesellschaft ohne Privilegien«, also ohne sozialstaatliche Subventionen, vorgestellt. Die Subventionen aber, die der Staat jetzt an das Kapital zahlt, sind nach dieser Ideologie keine Subventionen, keine Privilegien, sondern lediglich wirtschaftliche Anreize.

Als in den 80er Jahren dann in Washington die Demokratisierung Lateinamerikas befohlen wurde, waren alle – vor allem die Militärdiktaturen – mit dabei. Es entstanden jetzt Demokratien, die darauf verpflichtet wurden, diesen brutalen anti-reformerischen Kapitalismus als ihre Grundlage anzunehmen. Der Weltwährungsfonds zwingt mit seinen Auflagen dazu. Sein Hebel ist der Einzug der unter den Militärregimen gemachten gewaltigen Auslandsschulden. Die Militärapparate, eingegliedert in ein panamerikanisches Militärsystem, geben dafür jene Rückendeckung, die diese *Demokratien der Nationalen Sicherheit* – wie sie in Lateinamerika genannt werden – vor dem Volk schützen. Hinter dieser Fassade wird die alte Identifizierung von Demokratie und Menschenrechten aufgehoben. Geheime Gefängnisse, systematische Folter, Verschwinden von Menschen und die Aktivitäten von Todesschwadronen von Seiten der Regierungsorgane gehören zum Alltag der meisten »westlichen« Demokratien in Lateinamerika.

Diese Demokratien suchen nicht mehr den Konsens und die Sicherung der Überlebensbedingungen ihrer Bevölkerung als Basis ihrer Stabilität, sondern leben von einem allgemeinen Klima der Hoffnungslosigkeit und Resi-

gnation des Volkes. Die Legitimität dieser Regierungen gründet sich auf der monotonen Wiederholung immer desselben: Es gibt keine Alternative. Hoffnungslosigkeit stabilisiert, Hoffnung ist gefährlich. Ein Triumph der Zyniker.

Die Ordnung, die von den lateinamerikanischen Demokratien verwaltet wird, ist ein ständiges Verwalten des Chaos, das bereits die Militärdiktaturen geschaffen hatten. Alles dient zur Begründung einer Demokratie, die im Namen des Kampfes gegen das Chaos die demokratischen Grundrechte unterdrückt.

Daß es keine Alternativen mehr gibt, keine gesellschaftlichen Utopien, daß folglich keine Hoffnung existiert, das ist der neue Konsens, der der Demokratie westlichen Musters unterschoben wird. Man sollte sich darüber im klaren sein, was mit diesem *Kapitalismus mit demokratischer Fassade* in Kauf genommen wird: die Verurteilung des größten Teils der Menschheit zum Tode.

Es ist ein tiefgehender Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie entstanden, in dem sich der Kapitalismus anschickt, die Demokratie aufzufressen. Gefressen wird der Kern. Die Demokratie gerät dabei in die milchliche Situation, zu einer leeren Schale zu verkommen. Man kann die Demokratie nur noch zurückgewinnen, wenn ihre Substanz verteidigt und zurückgeholt wird, wenn es gelingt, das menschenwürdige Überleben aller Menschen zum Ausgangspunkt jeder demokratischen Legitimität zu machen. Demokratien, die nicht mehr in der Lage sind, den Menschen eine Hoffnung auf das Überleben zu vermitteln, zerstören sich selbst. Wenn man die Stabilisierung der Demokratien, und damit der Welt, auf der Hoffnungslosigkeit aufbaut, dann kann man mit dem italienischen Dichter

Dante über die Eingangstür schreiben: »Wer hier eintritt, lasse alle Hoffnung fahren.« ■

*Der Autor, Dr. Franz J. Hinkelammert, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Costa Rica und Honduras und Mitarbeiter im Ökumenischen Forschungszentrum D. E. I. in Costa Rica. Er gilt als Ökonom der Befreiungstheologie.*

## EINE FRAU ORGANISIERT HAITIS OPPOSITION

# Die Welle für das Leben

**Vom täglichen Kampf um Wasser und Brot zum Widerstand gegen das Unrechtsregime: Eine Frau macht den Volkswiderstand zu ihrer Lebensaufgabe. Die 53 Jahre alte Sozialwissenschaftlerin Suzie Castor mußte sich nach dem Militärputsch monatelang verstecken. Wie sie den Widerstand gegen Haitis Machthaber organisiert, schildert sie in dem folgenden Bericht.**

Meine Heimkehr nach 26 Jahren Exil nach Haiti, das war 1986. Ich erinnere mich, als sei es erst gestern gewesen: Am

Tag nach dem Sturz der Duvalier-Diktatur habe ich in meinem Zufluchtsort Mexiko die Koffer gepackt und bin auf die Insel zurückgekehrt. In Mexiko ließ ich einen Teil meines Lebens zurück: Dort hatte ich – obwohl ich eine Flüchtlingsfrau war – Soziologie und die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik studieren können. Als Exilantin stritt ich für Menschen- und Bürgerrechte und gegen die seit den 50er Jahren herrschende grausame, ja teuflische Diktatur des Duvalier-Clans in meiner Heimat. Später habe ich an der Universität in Mexiko-Stadt geforscht und gelehrt – als eine von ganz wenigen Frauen meiner Nation, denen das Glück einer intellektuellen Ausbildung zuteil wurde. Doch ich ließ in Mexiko nicht nur eine Berufskarriere als kritische, linke Forscherin, sondern auch ein Teil meines Lebens: Dort leben meine zwei Enkel, dort wurden meine vier Kinder geboren.

Wovon ich erfüllt bin? Von einer großen Lebensfreude und zugleich von der tiefen Überzeugung, daß ich das, was ich weiß und gelernt habe, den Armen zur Verfügung stellen muß. Deshalb arbeite ich seit meiner Rückkehr nach Haiti praktisch Tag und Nacht für den Aufbau des Volkswiderstands der armen Leute gegen die verbrecherische Alleinherrschaft der kleinen, kaum zwei Prozent der Bevölkerung zählenden Clique der haitianischen Reichen. Unser Volkswiderstand der Armen ist in den Jahren nach 1986 zur Bewegung Lavalas herangewachsen; und aus Lavalas ging der vom Volk liebelte und von zwei Dritteln der Wahlberechtigten im Herbst 1990 gewählte Präsident Jean-Bertrand Aristide hervor.

Unsere Widerstandsbewegung Lavalas erkläre ich so: Sie ist die »Welle für das Leben«. Diese Welle Lavalas speist

## AKTUELLE STUDIE ZUR WELTWIRTSCHAFT:

# Besitzgier und Konsumrausch

Das reiche Fünftel der Menschheit trägt wegen seines hohen Konsums mehr Schuld an der weltweiten ökologischen Zerstörung als die übrigen 80 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie mit dem Titel »Wieviel ist genug?« des *Worldwatch-Instituts* in Washington. Sie teilt die Weltbevölkerung in drei »ökologische Klassen« ein. Danach leben 1,1 Milliarden Menschen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 700 Dollar unter dem Existenzminimum. Wenn sie die Umwelt zum Beispiel durch das Abtrennen von Wäldern schädigten, sei dies oft zum Überleben notwendig. 3,3 Milliarden Menschen zählen mit Einkommen zwischen 700 und 7500 Dollar pro Jahr zur Mittelklasse, die in relativem Ein-

klang mit ihrer Umwelt leben. Sie ernährten sich vor allem von Pflanzenprodukten, reisten mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrrädern und lebten in einfachen Häusern.

Die 1,1 Milliarden reichsten, die sogenannte »Verbraucherklasse«, finden sich vor allem in den Industrienationen Europas, Nordamerikas, in Japan und in Australien. »Während einiger weniger Generationen«, so die Studie, »sind wir im reichsten Fünftel der Welt Autofahrer geworden, Fernsehzuschauer, Fast-Food-Esser, Supermarkteinkäufer und Verbraucher von Wegwerfprodukten.« Der »Rest der Welt« sehne sich nach diesem konsumorientierten Lebensstil. Konkret verbrauchen die Menschen in den Industrienationen

86 Prozent des Aluminiums, 81 Prozent des Papiers, 80 Prozent des Eisens, drei Viertel aller Energie sowie 61 Prozent des Fleischangebotes der Welt. Damit verursachen die Industrienationen, so die Studie, zwei Drittel der Treibhausgase und der Abgase, die den sauren Regen erzeugen. Außerdem stammten die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die die Ozonschicht schädigten, fast ausschließlich vom reichen Fünftel der Erde.

Nach Auffassung der Studie leben wir im Zeitalter des »Megakonsums«, das in den vierzig Jahren in den USA begonnen und das Alltagsleben der Menschen schneller und gründlicher verändert habe als alle Entwicklungen zuvor. So sei die Zahl der US-amerikanischen Haushalte mit Farbfernseher in diesem Zeitraum von null auf 90 Prozent gestiegen. In knapp zwei Dritteln der

Haushalte gebe es inzwischen auch Mikrowellenherde und Videorecorder.

Gleichzeitig ermittelte das Institut jedoch, daß der Konsumrausch die Menschen nicht glücklicher gemacht habe. Umfragen zeigten, daß der Prozentsatz der US-Amerikaner, die sich als »sehr glücklich« bezeichnen, seit 35 Jahren unverändert bei 33 Prozent liege. Es dominiere die Tendenz, immer mehr zu arbeiten, um immer mehr kaufen zu können, wodurch für soziale Beziehungen und zum Leben schlechthin immer weniger Zeit bleibe.

Vor diesem Hintergrund fordert das *Worldwatch-Institut* eine Veränderung hin zu einer »Ethik der Genügsamkeit«, die Lebensstandard nicht mit Besitz und Konsum gleichsetze. Langfristig hänge das Schicksal der Erde von der Bereitschaft der Reichen zur Änderung ihres Lebensstils ab. ■ *Wolfgang Kessler*